



06.12.2011

Mitglieder des Kreistags
des Landkreises Esslingen

Kurzprotokoll über die Sitzung
des Ausschusses für Technik und Umwelt
- gleichzeitig Betriebsausschuss -
vom 01.12.2011

- Öffentlich -

Ausschuss für Technik und Umwelt

1. Ersatzbeschaffung eines Einsatzleitwagens "ELW 2" - Vorstellung der Konzeption

Der Ausschuss fasst einstimmig folgende Beschlüsse:

- 1.1 Der Beschaffung eines neuen Einsatzleitwagens Typ ELW 2, DIN 14507-3 nach der Konzeption der „Arbeitsgruppe ELW“ wird zugestimmt.
- 1.2 Die Verwaltung wird ermächtigt, die Ausschreibung der Beschaffung zu veranlassen und dem günstigsten Anbieter entsprechend dem Ausschreibungsergebnis den Auftrag zu erteilen.

2. Haushaltsdebatte 2012 - Anträge der Fraktionen- Stellungnahmen der Verwaltung

Der Ausschuss fasst folgende Beschlüsse:

- 2.1 Anträge der CDU-Fraktion
 - 2.1.1 Im Hinblick auf eine zügige Realisierung der im Haushaltsplan 2012 beziehungsweise im Investitionsprogramm verankerten Ausbaumaßnahmen von Kreisstraßen wird folgender Antrag gestellt: Der Planansatz in Höhe von 2,2 Mio. Euro ist erfreulich, aber auch dringend notwendig. Um den tatsächlichen Mittelabfluss zu gewährleisten, ist möglichst in 2011 zu klären, ob alle im Haushaltsplan beziehungsweise Investitionsprogramm verankerten Straßenbaumaß-

nahmen auch tatsächlich in 2012 realisierbar sind. Vor allem bei gemeinschaftlichen Baumaßnahmen, die zusammen mit den jeweiligen Städten und Gemeinden beziehungsweise in Kooperation mit dem Land durchzuführen sind, kommt es bei der Umsetzung der Maßnahmen immer wieder zu Zeitverzögerungen. In diesen Fällen ist zu prüfen, welche in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehenen Baumaßnahmen dann vorgezogen werden können, um so den Mittelansatz tatsächlich in Anspruch nehmen zu können.

Dieser Antrag wird durch die Erläuterungen der Verwaltung in der Sitzung und in der Vorlage 130a/2011 als erledigt betrachtet.

2. 1.2 Es wird beantragt, dass die Kreisverwaltung im Schulterschluss mit dem Verband Region Stuttgart eine Resolution ausarbeitet die vorsieht, dass der Gesetzentwurf zur anstehenden Änderung des Landesplanungsgesetzes so modifiziert wird, dass sensible Landschaftsbereiche in unserem Landkreis als Ausschlussgebiet für Windräder festgelegt werden. Es bedarf nicht nur der Einräumung der im Gesetzentwurf vorgesehenen Vorranggebiete, sondern im Einzelfall auch weiterhin der Festlegung von sogenannten Ausschlussgebieten. Ein solches Ausschlussgebiet ist in jedem Fall der Albtrauf. Die Resolution ist dem Kreistag zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Dieser Antrag wird aufgrund der Erläuterungen der Verwaltung in der Sitzung und in der Vorlage 130a/2011 vorerst als erledigt betrachtet und bis zum Vorliegen eindeutiger Rahmenbedingungen zurückgestellt.

2.2 Anträge der SPD-Fraktion

- 2.2.1 Wir beantragen einen Sachstandsbericht bezüglich des Projekts Plenum vor der Sommerpause 2012. Wir streben eine Sicherstellung der Fortsetzung der Arbeit für weitere fünf Jahre an.

Diesem Antrag wird durch die Zusage der Verwaltung, im Sommer 2012 zu berichten, entsprochen.

2. 2.2 Wir beauftragen die Verwaltung zu eruieren, inwieweit die Landesbauordnung im sogenannten „Kleinbautenerlass“ geändert werden sollte und könnte, um Gerätehütten auf Streuobstwiesen zulassen zu können.

Dieser Antrag wird gemeinsam mit dem Antrag der Fraktion GRÜNE Ziffer 2.3.2 sowie einem der Verwaltung vorliegenden Antrag der Fraktion Freie Wähler vom 23. November 2011 zur Erhaltung der Streuobstlandschaft behandelt.

Diese Anträge werden aufgrund der Erläuterungen der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 130a/2011 und der Zusage der Verwaltung vorerst als erledigt betrachtet. Die Verwaltung sagt zu, diese Thematik handlungs- und lösungsorientiert mit möglichst konkre-

ten Maßnahmen aufzuarbeiten und sich dabei nicht nur auf die bundes- bzw. landesgesetzlichen Empfehlungen zu beschränken.

2.3 Anträge der Fraktion GRÜNE

- 2.3.1 Die Verwaltung lässt sich vom PPP-Partner des Gebäudes Landratsamt (neu) und mindestens zwei weiteren Dienstleistern jeweils zwei Alternativangebote ausarbeiten mit dem Ziel der energetischen Sanierung des Gebäudes Landratsamt (alt). Folgendes Dienstleistungsmodell soll dabei verfolgt werden:
- Das Gebäude soll energetisch saniert werden (Fassade, Dach, Fenster, Beleuchtung, eventuell Lüftung).
 - Der Wärmedienstleister erhält als Entgelt die durchschnittlichen Energiekosten der letzten drei kompletten Jahre des unsanierten Gebäudes für die Vertragslaufzeit über fünf und alternativ zehn Jahre.
 - Die Angebote sollen die Ablösekosten des Landkreises für die nach fünf, alternativ nach zehn Jahren verbleibenden Investitionskosten enthalten.

Dieser Antrag hat sich aufgrund der Erläuterungen der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 130a/2011 und der Zusage im Ausschuss, Anfang 2012 einen Maßnahmenkatalog vorzulegen, erledigt

- 2.3.2 Die Landkreisverwaltung erarbeitet im Zusammenhang mit der jüngst eingegangenen Mitgliedschaft im Streuobstparadies Fördermöglichkeiten für den Landkreis Esslingen, die im Grundsatz allen Streuobstgebieten im Landkreis zugute kommen. Beispiel: Finanzielle Förderung von Bag-in Box-Abfüllanlagen. Fördersumme und Vergabebestimmungen sind an die im Landkreis Böblingen geltenden Kriterien anzulehnen, die im Rahmen von Plenum Heckengäu gelten.

Vgl. Ziffer 2.2.2

- 2.3.3 Die Forschungsstation Randecker Maar zur Erforschung des Vogelzugs und der Insektenwanderung erhält einen jährlichen Zuschuss von 3.000 Euro.

Dieser Antrag wird aufgrund der Informationen der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 130a/2011 zurückgezogen.

2.4 Antrag der Fraktion DIE REPUBLIKANER

- 2.4.1 Es wird ein Bericht über den Ausbau erneuerbarer Energien und Folgen für die Stromnetze im Kreis Esslingen beantragt.

Zu diesem Antrag wird die Erläuterung der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 130a/2011 zur Kenntnis genommen.

Betriebsausschuss

3. Altdeponie Hintere Halde - Sanierung der Sickerwassererfassung

Einstimmig, bei einer Enthaltung, wird der Vergabe an den wirtschaftlichsten Bieter, die Firma Gansloser, Deggingen-Reichenbach zum Bruttopreis von 107.100,00 € zugestimmt.

4. Deponie Weißer Stein - Planung einer Fotovoltaikanlage

Der Betriebsausschuss fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der in der Sachdarstellung zu Vorlage 140/2011 beschriebenen Vorgehensweise wird zugestimmt.

gez.
Heinz Eininger
Landrat